

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Entwicklung eines gemeinsamen Rahmenbildungsplans für Kinder bis zehn Jahren

Alle Kinder sollten bei ihrem Start in den Kindergarten und in die Grundschule individuell und gezielt gefördert werden. Sie sollen diesen Start positiv erleben, gerne in die Einrichtungen kommen und dabei erfolgreich und zufrieden sein. Im Land Bremen gibt es für den Elementar- und den Grundschulbereich bisher zwei Rahmenbildungspläne, die die Ziele der Arbeit im Kindergarten einerseits und in der Grundschule andererseits festlegen. Auch wenn der Kindergarten und die Grundschule unterschiedliche Aufträge und Schwerpunkte haben, ist es wichtig, dass gemeinsame Leitlinien erkennbar sind, so dass es beim Übergang nicht zu Brüchen in der Entwicklung der Kinder kommt.

Fachleute sind sich einig, dass eine enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule für die Kinder wichtig ist und ihre Bildungschancen deutlich erhöht. Ein gemeinsamer Rahmenbildungsplan, wie es ihn schon in anderen Bundesländern gibt, kann hierbei eine wichtige Aufgabe erfüllen. Dabei muss dem Rechnung getragen werden, dass die Anforderungen in Kindergarten und Grundschule nicht identisch sind. Zentrale Aufgabe eines solchen Rahmenbildungsplans ist es, die Aufgaben im Kindergarten und der Grundschule zu benennen und darüber hinaus konkrete Aussagen über bestimmte Bereiche – wie die Gestaltung des Übergangs zwischen den beiden Institutionen, die inklusive Beschulung, Fragen der Armutsprävention, die Elternarbeit etc. – zu treffen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis April 2015 einen gemeinsamen Rahmenbildungsplan für den Elementar- und Grundschulbereich zu entwickeln und vorzulegen, in dem auf der einen Seite die gemeinsamen Ziele von Kindergarten und Grundschule beschrieben werden, in dem auf der anderen Seite in den konkreten Zielen und der Methodik zwischen den beiden Bereichen differenziert wird. Schwerpunkte eines solchen Rahmenbildungsplans sollen u.a. die Bereiche Sprachförderung, Inklusion, Armutsprävention, Elternarbeit und die konkrete Gestaltung des Übergangs sein. Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung und Erkenntnisse auch aus anderen Bundesländern sollen bei der Entwicklung des Rahmenbildungsplans ebenso Berücksichtigung finden wie die Erfahrungen mit den bisherigen Rahmenplänen und den bereits gelaufenen Projekten zur Verzahnung von Primar- und Elementar-

bereich. Fachkräfte, Personalvertretungen, Träger und Elternvertreter/-innen sollen an der Erstellung des Rahmenbildungsplans beteiligt werden.

Sülmez Dogan, Dr. Stephan Schlenker, Dr. Matthias Güdner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Mustafa Güngör, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD